

**böhlau**

Schriftenreihe des Forschungsinstitutes  
für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg

Herausgegeben von  
Robert Kriechbaumer · Franz Schausberger · Hubert Weinberger  
Band 49

Andrea Brait · Michael Gehler (Hg.)

# Grenzöffnung 1989

Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich

Mit einer CD

»Offene Grenzen, neue Barrieren  
und gewandelte Identitäten. Meinungsumfrage 2011«  
ausgewertet und bearbeitet von Andrea Brait



2014

BÖHLAU VERLAG WIEN · KÖLN · WEIMAR

Gedruckt mit der Unterstützung durch:

**Zukunftsfonds**  
der Republik Österreich

WISSENSCHAFT · FORSCHUNG  
NIEDERÖSTERREICH



Zukunftsfonds der Republik Österreich

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung: © Kurt Kaindl (Salzburg)

© 2014 by Böhlau Verlag Ges.m.b.H & Co. KG, Wien Köln Weimar  
Wiesingerstraße 1, A-1010 Wien, [www.boehlau-verlag.com](http://www.boehlau-verlag.com)

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig.

Korrektorat: Meinrad Böhl, Leipzig  
Umschlaggestaltung: Michael Haderer, Wien  
Satz: Michael Rauscher, Wien  
Druck und Bindung: Theiss, St. Stefan im Lavanttal  
Gedruckt auf chlor- und säurefrei gebleichtem Papier  
Printed in the EU

ISBN 978-3-205-79496-7

## Inhaltsverzeichnis

*Andrea Brait · Michael Gebler*

Grenzöffnung 1989 – Offene Grenzen?  
Zum Buch und Auswertung einer Umfrage . . . . . 9

*Ernst Bruckmüller*

Prag ist weiter weg als New York.  
Anmerkungen zum österreichischen Antislawismus . . . . . 45

### WIRTSCHAFTLICHE OST-KONTAKTE

*Fritz Breuss*

Auswirkungen der Ostöffnung 1989 auf Österreichs Wirtschaft . . . . . 67

*Oliver Kühschelm*

Den »Osten« öffnen. Das Donaueuropäische Institut – Praktiken und  
Inszenierungen am Schnittpunkt von Politik und Unternehmerexpertise . . . 109

### DIPLOMATIE UND EINZELAKTEURE

*Michael Gebler*

Bonn – Budapest – Wien. Das deutsch-österreichisch-ungarische  
Zusammenspiel als Katalysator für die Erosion des SED-Regimes 1989/90 . . 135

*Marcus Gonschor*

Die USA und der Umbruch in Mittel- und Osteuropa 1989/90.  
Eine Analyse der autobiografischen Darstellungen von Ronald Reagan,  
Helmut Kohl und George H. W. Bush/Brent Scowcroft . . . . . 163

*Helmut Wobnout*

Vom Durchschneiden des Eisernen Vorhangs bis zur Anerkennung  
Sloweniens und Kroatiens. Österreichs Außenminister

Alois Mock und die europäischen Umbrüche 1989–1992 . . . . . 185

*Maximilian Graf*

Österreich und das »Verschwinden« der DDR 1989/90.

Ostdeutsche Perspektiven im Kontext der Langzeitentwicklungen . . . . . 221

## GRENZEN IM WANDEL

*Juliane Holzbeimer*

Grenzen der Grenzüberschreitung. Eine Analyse lebensgeschichtlicher

Interviews mit DDR-Flüchtlingen des Jahres 1989 . . . . . 245

*Andreas Pudlat*

Kriminalitätsbekämpfung in Zeiten offener Grenzen.

Österreichs Grenzräume im kriminalstrategischen Spannungsfeld . . . . . 263

*Angela Siebold*

Österreich im »grenzenlosen Europa« nach 1989. Polnische und deutsche

Diskussionen um den österreichischen Schengen-Beitritt . . . . . 283

## ERWEITERUNG EUROPAS

*Oliver Schwarz*

Die Erweiterung der Europäischen Union.

Zum Wandel eines außenpolitischen Überinstrumentes . . . . . 305

*Gunther Hauser*

Das Jahr 1989 aus österreichischer und internationaler sicherheitspolitischer

Perspektive . . . . . 331

*Georg Kreis*

Österreichs europapolitischer Aufbruch 1987–1995 aus der Sicht des

schweizerischen Nachbarn. Die Wahrnehmung der NZZ . . . . . 349

## ÖSTERREICHS POLITIK AUS SICHT DER NACHBARN

*Miroslav Kunštát*

Die Tschechoslowakei und Österreich vor dem Umbruch 1989/90 . . . . . 367

*Simon Gruber*So nah und doch so fern. Slowakische Wahrnehmungen der Beziehungen  
zu Österreich 1989 und in der Folgezeit . . . . . 385*László J. Kiss*Politik und Wahrnehmung. Ungarns (Außen-)Politik im Übergang –  
Österreichs Außenpolitik im Zuge der Umbruchsjahre (1988–1991) . . . . . 405

## KULTUR- UND IDENTITÄTSPOLITISCHE FOLGEN DER UMBRÜCHE

*Felicitas Söbner*Der Umbruch von 1989. Eine Betrachtung semantischer Diskurse und  
historischer Verantwortung . . . . . 429*Andreas Schimmelpfennig*

1989 und die österreichische Identität der nationalen Minderheiten . . . . . 445

*Christoph Kühberger*1989 im österreichischen Geschichtsunterricht.  
Über Zeitpunkte und Ikonen . . . . . 469*Andrea Brait*Zur Konstruktion eines europäischen Gedächtnisortes.  
Blicke auf 1989 in den Jahren 1999 und 2009 . . . . . 483

Abkürzungsverzeichnis . . . . . 509

Auswahlbibliografie . . . . . 515

Autorinnen und Autoren . . . . . 533

Personenregister . . . . . 539





Gunther Hauser

## DAS JAHR 1989 AUS ÖSTERREICHISCHER UND INTERNATIONALER SICHERHEITSPOLITISCHER PERSPEKTIVE

### I. EINLEITUNG

Das Jahr 1989 war vor allem durch den Fall der kommunistischen Systeme in Mitteleuropa – symbolisch ausgelöst durch den Fall der Berliner Mauer – geprägt: »Das Volk bezwingt die Mauer«, so die *Berliner Illustrierte* in ihrer Sonderausgabe vom Dezember 1989.<sup>1</sup> Menschen aus Ost-Berlin erklommen sie in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 vom Pariser Platz, Menschen aus dem Westen von der Straße des 17. Juni aus.<sup>2</sup> In der Bundesrepublik waren in den Jahren 1989 und 1990 ebenso viele Soldaten der Verbündeten wie Bundeswehrsoldaten stationiert: 242.800 US-Soldaten, 69.700 Briten, 52.000 Franzosen, 26.600 Belgier, 7.100 Kanadier und 5.700 Niederländer. Die Bundeswehr umfasste damals 500.000 Soldaten, der Mobilmachungsumfang der Bundeswehr betrug 1,3 Millionen Soldaten.<sup>3</sup> Der Abschreckung dienten auch 7.000 Atomwaffen, die zeitweise auf westdeutschem Boden lagerten – 4.000 Sprengköpfe waren es noch Anfang der 1980er-Jahre.<sup>4</sup> Am 3. Dezember 1989 erklärten US-Präsident George Bush und der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow den Kalten Krieg für beendet – bei stürmischer See auf einem US-Kriegsschiff vor Malta.<sup>5</sup> Die USA verringerten ihre Garnison in Europa nach 1989 von 350.000 schrittweise auf 43.000 Mann der Army und 18.000 Soldaten der Air Force. Großbritannien verringerte die Rheinarmee auf 18.000, Frankreich ist seit 2008 nur noch mit 3.600 Soldaten an den Stützpunkten der deutsch-französischen Brigade vertreten.<sup>6</sup>

Nach 1989 eskalierten durch den Zerfall der Sowjetunion<sup>7</sup> und Jugoslawiens innerstaatliche Konflikte. Sezessionskriege führten zur Bildung neuer Staaten. Mit der

---

1 Das erste Fest der deutschen Einigkeit und Freude, in: *Berliner Illustrierte*, Sonderausgabe Deutschland im November 1989, Dezember 1989, S. 20f.

2 Vgl. ebd.

3 Vgl. Weck, Roger de (Hg.)/Sommer, Theo: Diese Nato hat ausgedient. Das Bündnis muss europäischer werden. Ein Standpunkt von Theo Sommer, Berlin 2012, S. 16.

4 Vgl. ebd.

5 Vgl. Hauser, Gunther: Die NATO – Transformation, Aufgaben, Ziele, Frankfurt am Main 2008, S. 31.

6 Vgl. Sommer, T. 2012, S. 18.

7 Noch Ende der 1960er-Jahre konnte die Sowjetunion hoffen, den Westen »zu überholen«, bis zu

Auflösung des Warschauer Paktes am 1. Juli 1991 sowie der Sowjetunion Ende 1991 wurden bereits lange zuvor die Zentrifugalkräfte in der UdSSR sehr deutlich. An Dynamik gewannen nationale und religiöse Konflikte und wurden somit zu Konfliktgeneratoren. In Jugoslawien schafften die Umbrüche vor allem in den späten 1980er-Jahren einen Nährboden für Hetzer und Demagogen. Der damalige Präsident Serbiens, Slobodan Milošević, trat betont nationalistisch als »Führer aller Serben« auf, bezog damit gezielt seine außerhalb Serbiens lebenden Landsleute ein und schuf ein neues serbisches Zugehörigkeitsgefühl. Er hebelte die von Tito geschaffene Verfassung von 1974 aus und ging daran, die Autonomie des Kosovo aufzuheben. Die von ihm inszenierte pompöse Feier zum 600. Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld am 28. Juni 1989 sowie die Massendemonstrationen von Serben in Jugoslawien hatten auch das Selbstbewusstsein der Serben in Kroatien gesteigert.<sup>8</sup> Seitens der Kroaten stießen diese Demonstrationen serbischer Nationalisten auf heftige Ablehnung. Bereits im Februar 1989 hatte der Historiker Franjo Tuđman die Kroatische Demokratische Union (HDZ – Hrvatska Demokratska Zajednica) gegründet, die ein christlich-soziales Programm mit einer stark nationalistischen Orientierung vertrat. So trat die HDZ für die Souveränität Kroatiens und das Recht auf den Austritt Kroatiens aus Jugoslawien ein. Viele Serben in Kroatien verfolgten die wachsende Popularität der HDZ mit zunehmender Beunruhigung, serbische Nationalisten brachten in der Folge die Parole von der »ustaschoiden« Politik der HDZ auf.<sup>9</sup> Die Schlacht gegen das Osmanische Reich von 1389 sollte dem serbischen Bevölkerungsteil Jugoslawiens eine neue serbisch-nationale Identität verleihen – auch wenn dafür die Geschichte allzu selektiv interpretiert werden musste. Der in der Folge erstarkende Widerstand der ethnischen Albaner im Kosovo gegen die zunehmend diskriminierende Politik Serbiens verlief zu Beginn weitgehend friedlich. Unter der Führung des Schriftstellers Ibrahim Rugova leistete zunächst die kosovo-albanische Zivilgesellschaft gewaltfreien Widerstand gegen die serbische Regierung und baute Par-

---

ihrem Zerfall 1991 hatte sich die ökonomische Leistungskraft der UdSSR jedoch drastisch gemindert. In den 1980er-Jahren war die Sowjetunion nach wie vor eine militärische, jedoch keine wirtschaftliche Supermacht mehr wie die USA. Aus: Nowotny, Thomas: Warum Österreich nicht EG-Mitglied werden wird, in: Khol, Andreas/Ofner, Günther/Stirnermann, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1988, Wien/München 1989, S. 79–109, hier S. 103.

8 Der 28. Juni war Vidovdan, der St. Veitstag. An diesem Tag soll 1389 nach der Schlacht auf dem Amselfeld der siegreiche Sultan Murad vom Serben Miloš Obilić ermordet worden sein. Am 28. Juni 1914 wurde der österreichisch-ungarische Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajevo erschossen. Vgl. Rauchensteiner, Manfred: Die Republik der Rezepte, in: *Die Presse* vom 25. Juni 2011, Spectrum, S. If., hier S. II.

9 Vgl. Šunjić, Melita H.: Woher der Hass? Kroaten und Slowenen kämpfen um Selbstbestimmung, Wien/München 1992, S. 80f.

alleinstitutionen auf.<sup>10</sup> Dieser Weg des friedlichen Protests, der nicht zuletzt von zivilgesellschaftlichen Bewegungen in Osteuropa beeinflusst war, dauerte fast sechs Jahre. Milošević verschärfte im Kosovo, dessen in der Verfassung garantierte Autonomie er 1989 aufgehoben hatte, die Unterdrückung der albanischen Kosovaren, die dort ca. 90 Prozent der Bevölkerung stellten. 1990 und 1991 kam es schließlich zu einem Verfall der gesamtstaatlichen Strukturen in Jugoslawien, die Umwandlung der Föderation in eine Konföderation misslang.<sup>11</sup>

Österreich nutzte die Reform- und Umsturzprozesse in Mitteleuropa von Anfang an, um sich international politisch als westlicher Staat zu positionieren, was auch in symbolischen Akten am Eisernen Vorhang zum Ausdruck kam:<sup>12</sup> Aufgrund seiner politischen Neutralität und seiner historischen Tradition war Österreich für viele der Reformstaaten schon Jahre zuvor das einzige »Fenster zum Westen«.<sup>13</sup>

Ziel dieses Beitrages ist es, ausgehend von den Umbrüchen in Europa ab 1988 jene außen- und sicherheitspolitischen Ereignisse, die 1989 prägend für die staatliche Entwicklung Österreichs gewesen sind, aus österreichischer Sicht sowie auch aus Sicht damaliger wesentlicher Akteure empirisch-analytisch darzulegen und zu erörtern.

## II. DAS SPANNUNGSFELD NEUTRALITÄT UND EG-MITGLIEDSCHAFT

Mit der Wende in Mittel- und Osteuropa begann auch eine Phase der vertieften Neutralitätsdiskussion in Österreich, die – mal stärker, mal schwächer – bis weit über das Jahr 2000 andauerte. Der ÖVP-Politiker Andreas Khol meinte, es solle Aufgabe der österreichischen Politik sein, der Bevölkerung »schlüssig zu erklären, dass die Ziele der österreichischen Politik, welche durch das Instrument der immerwährenden Neutralität des Jahres 1955 so erfolgreich verwirklicht werden konnten, auch durch die neue Außenpolitik gesichert und im Rahmen der europäischen Solidarität besser erreicht werden können«<sup>14</sup>. Demnach befand sich die Neutralität Österreichs nach 1989 in einem neuen Umfeld.

Am 4. Juli 1989 beschloss die Bundesregierung auf der Grundlage eines gemeinsamen Ministerratsvortrages des Bundeskanzlers und des Außenministers, drei

---

10 Vgl. Sommer, T. 2012, S. 36.

11 Vgl. Ebd., S. 33.

12 Vgl. dazu den Beitrag von Helmut Wohnout in diesem Band.

13 Vgl. Kampits, Peter, Die Wandlung in Ost- und Mitteleuropa als Herausforderung für die österreichische Auslandskulturpolitik, in: Khol, Andreas/Ofner, Günther/Stirnemann, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1990, Wien/München 1991, S. 783–791, hier S. 784.

14 Vgl. Khol, Andreas: Neutralität – ein überholtes Instrument österreichischer Sicherheitspolitik?, in: Khol, Andreas/Ofner, Günther/Stirnemann, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1990, Wien/München 1991, S. 677–709, hier S. 677.

Beitrittsanträge gemäß Artikel 237 EWG-Vertrag, Artikel 205 EAG-Vertrag und Artikel 98 EGKS-Vertrag zu genehmigen und Bundespräsident Kurt Waldheim vorzuschlagen, Außenminister Alois Mock zu ermächtigen bzw. zu bevollmächtigen, die Anträge an die drei Europäischen Gemeinschaften zu richten sowie die Verhandlungen über die Aufnahme von Österreich in die EG zu führen. Am 17. Juli 1989 hatte Mock dem damaligen Vorsitzenden der EG, Frankreichs Außenminister Roland Dumas, das österreichische Ansuchen um Beitritt zu EG, EGKS und EAG – den sogenannten »Brief nach Brüssel« – übergeben. Das auf den 14. Juli 1989 datierte Schreiben beinhaltete Vorbehalte betreffend die Neutralität, womit Österreich um Aufnahme in die EG ersuchte, aber gleichzeitig hierfür Bedingungen stellte:

- Österreich ging bei der Stellung dieses Antrages von der Wahrung seines international anerkannten Status der immerwährenden Neutralität aus, die auf dem Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 beruht.
- Österreich werde als EG-Mitgliedstaat »aufgrund des Beitrittsvertrages« in der Lage sein, die ihm aus seinem Status als immerwährend neutraler Staat obliegenden »rechtlichen Verpflichtungen« zu erfüllen.
- Österreich werde in der Lage sein, seine Neutralitätspolitik als spezifischen Beitrag zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa fortzusetzen.<sup>15</sup>

Österreichs Völkerrechtslehre war »bislang überwiegend davon ausgegangen, dass ein Beitritt zu den EG neutralitätsrechtlich verboten sei«<sup>16</sup>. Waldemar Hummer von der Universität Innsbruck dagegen argumentierte, Artikel 30 Ziff. 6 lit. c EEA verweise »eindeutig auf die Zuständigkeit von WEU und NATO für verteidigungspolitische Zwecke. Da auf Betreiben Irlands der Begriff »Verteidigung« in Artikel 30 EEA durch den der »Sicherheit« bewusst ersetzt wurde«, sei »es unstatthaft, einen diesbezüglichen »Etikettenschwindel« zu betreiben, um daraus eine rechtliche Unvereinbarkeit zu konstruieren«<sup>17</sup>. Laut Hummer ist dem Neutralen im Gegensatz zu verteidigungspolitischen Kooperationen »eine sicherheitspolitische Konsultation aber nicht untersagt, an der er aber nicht einmal teilnehmen muss, wie das Beispiel Irland schlagend belegt«<sup>18</sup>. Einem Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften stand demnach neutralitätsrechtlich nichts im Wege.

15 Vgl. Lang, Winfried: Österreichs Entscheidung für Europa – I. Akt, in: Khol, Andreas/Ofner, Günther/Stirnmann, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1990, Wien/München 1990, S. 317–338, hier S. 326.

16 Vgl. Hummer, Waldemar: Neutralitätsrechtliche und neutralitätspolitische Fragen im Zusammenhang mit einem möglichen EG-Beitritt Österreichs, in: Khol, Andreas/Ofner, Günther/Stirnmann, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1988, Wien/München 1989, S. 55–78, hier S. 67.

17 Vgl. ebd., S. 69 f.

18 Vgl. ebd., S. 69.

Zur Absicherung der Neutralitätskonformität eines Beitritts wäre es laut Hummer aber dennoch zu empfehlen, »dass Österreich seine Pflichten aus der Neutralität in die Beitrittsverhandlungen einbringt und sie zum Gegenstand eines Neutralitätsvorbehaltes oder – was ebenfalls ausreichend wäre – einer ›interpretativen Erklärung‹ macht«<sup>19</sup>. Am 16. Juni 1982 erfolgte bereits die einstimmige Annahme einer Entschließung im Nationalrat, in der die »Bundesregierung ersucht wird, die für Österreich nutzbringende Zusammenarbeit zwischen Österreich und den EG – soweit es die österreichische immerwährende Neutralität erlaubt – fortzusetzen und zu vertiefen«<sup>20</sup>. Prinzipiell ist, so Hummer, jeder neutrale Staat »in der Ausformung seiner Neutralitätspolitik frei [...], das erklärt auch den Umstand, warum sich z. B. Österreich neutralitätspolitisch eben nicht unbedingt wie die Schweiz verhalten muss – und auch nicht verhält«<sup>21</sup>. Schon 1987 kamen in einem Gutachten die Völkerrechtler Hummer und Michael Schweitzer von der Universität Passau überein, dass der EG-Beitritt Österreichs mit der dauernden Neutralität Österreichs vereinbar sei. Bedenken könnten sich »hinsichtlich der Glaubhaftmachung der österreichischen Neutralitätspolitik« ergeben; diese Bedenken seien »im rein politischen Bereich« angesiedelt und ließen sich ausräumen durch einen von den EG-Mitgliedstaaten »akzeptierten österreichischen Neutralitätsvorbehalt anlässlich des Beitritts«<sup>22</sup>. Der Völkerrechtler Manfred Rotter von der Universität Linz betonte dagegen, eine EG-Mitgliedschaft sei mit der dauernden Neutralität nicht vereinbar.<sup>23</sup>

Thomas Nowotny, damals Leiter der Planungsabteilung des Außenministeriums und der SPÖ angehörig, sah 1988 ebenso Diskrepanzen zwischen der Neutralität und der EG. So werde die EG vor der Vollendung des Binnenmarktes, also vor Januar 1993, mit keinem Beitrittsbewerber ernsthafte Verhandlungen führen: »Wird dann verhandelt, dann wird es sich zeigen, dass die immerwährende Neutralität einer Mitgliedschaft entgegensteht.«<sup>24</sup> Nowotny betonte, dass der Mitgliedschaft eines immerwährend neutralen Staates alle EG-Staaten zustimmen müssten, dass jedoch einige EG-Länder am Ziel einer politischen Union festhielten, dass diese auch eine gemeinsame Verteidigungspolitik entwickeln müsse. Die Mitgliedschaft eines immerwährend neutralen Staates würde jedoch die Entwicklung hin zu einer derartigen politischen Union unmöglich machen.<sup>25</sup> Khol meinte dagegen in Anlehnung an die

19 Vgl. ebd., S. 70.

20 Ebd., S. 58.

21 Vgl. ebd., S. 59.

22 Pelinka, Anton: Die Wiederkehr der Argumente. Zur EG-Diskussion in Österreich, in: Nick, Rainer (Hg.): Tirol und die EG. Zukunftsperspektiven einer Region, Thaur/Tirol 1989, S. 19–27, hier S. 24 f.

23 Vgl. ebd., S. 25.

24 Nowotny, T. 1989, S. 79.

25 Vgl. ebd.

Begründungen seitens Hummer, dass einem EG-Beitritt Österreichs »letztlich keine unüberwindbaren Hindernisse« entgegenstünden.<sup>26</sup>

In der EG vollzogen sich jedoch gerade seit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) Diskussionen in Richtung Schaffung einer Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einer künftigen EU. Sicherheitspolitische Zusammenarbeit wurde seither wesentliches Element für die Herausbildung einer europäischen außenpolitischen Identität. Vorschläge zur Ausweitung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) auf Fragen der Verteidigung fielen jedoch nicht auf fruchtbaren Boden. In den Plänen von Hans-Dietrich Genscher und Emilio Colombo von 1981 war eine »militärische Zusammenarbeit bündnisähnlichen Charakters« vorgesehen gewesen, »zwecks Aufbaues des europäischen Pfeilers der atlantischen Verteidigung«<sup>27</sup>. Dänemark, Irland und Griechenland hatten sich jedoch dagegengestellt.<sup>28</sup>

Basierend auf den deutsch-französischen Vorschlägen und einer britischen Initiative gelang es im Februar 1986, die EPZ 15 Jahre nach ihrer Gründung vertraglich abzusichern. Somit wurde die EPZ stärker mit der EG-Ebene verklammert, es erfolgte der Aufbau eines Sekretariats sowie gemäß Artikel 6 der EEA die Einführung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Diese Kooperation war wesentliches Element für die Herausbildung einer außenpolitischen europäischen Identität zu dieser Zeit.

Aufgrund von Bedenken einiger EG-Partner fand die Debatte über die sicherheitspolitischen Belange zunehmend in der seit 1984 gerade auch mit deutscher Unterstützung wiederbelebten Westeuropäischen Union (WEU) statt.<sup>29</sup> Vorschläge zur Ausweitung der EPZ auf Fragen der Verteidigung etwa im Zuge des Berichts des belgischen Außenministers Leo Tindemans 1975 oder der Genscher-Colombo-Initiative 1981 fielen jedoch auf unfruchtbaren Boden. Im Oktober 1986 hatte US-Präsident Ronald Reagan Gorbatschow bei einem Gipfeltreffen in Reykjavik vorgeschlagen, alle strategischen Nuklearwaffen abzuschaffen. Dieser Vorschlag blieb jedoch erfolglos. Seitens der europäischen NATO-Verbündeten gab es über das mit ihnen nicht abgestimmte Vorgehen Reagans große Besorgnis: Dieser Vorschlag Reagans hatte »die Europäer jedoch aufgerüttelt und darauf aufmerksam gemacht, wie

26 Vgl. Khol, Andreas: Warum Österreich EG-Mitglied werden wird, in: Khol, Andreas/Ofner, Günther/Stirnemann, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1988, Wien/München 1989, S. 779–810, hier S. 779.

27 Khol, A. 1989, S. 783.

28 Vgl. ebd.

29 Vgl. Regelsberger, Elfriede: Deutschland und die GASP – ein Mix aus Vision und Pragmatismus, in: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hg.): Europäische Außenpolitik. GASP und ESVP-Konzeptionen ausgewählter Mitgliedstaaten (Würzburger Universitätsschriften zu Geschichte und Politik 3), Baden-Baden 2002, S. 28–40, hier S. 31.

gefährlich es ist, in dieser entscheidenden Frage so von den USA abhängig zu sein«<sup>30</sup>. Einige Tage nach dem Treffen in Reykjavík hatte sich die britische Premierministerin Margaret Thatcher erkundigt, ob ihr französische Raketen zur Verfügung stehen könnten, falls die USA die ihrigen aus britischen U-Booten entfernen würden. Unter diesem Eindruck entschlossen sich Frankreich und Großbritannien, die WEU wiederzubeleben.<sup>31</sup> In den Jahren 1987/88 erfolgte die Revitalisierung der WEU mit der »Operation Cleansweep«. Die WEU verlegte erstmals Minenräumschiffe in die Straße von Hormus – unter Beteiligung der WEU-Mitgliedstaaten Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien und Niederlande. Die WEU führte Operationen zu einem Zeitpunkt durch, als NATO-Einsätze außerhalb des Bündnisgebietes noch nicht zur Diskussion standen. 1991 koordinierte die WEU bis zu 45 Kriegsschiffe für die Durchsetzung der Resolution 661 (Embargo gegen den Irak).<sup>32</sup>

Bereits im August 1988 betonte Tindemans, dass im Fall der Gründung einer EU deren Befugnisse nicht nur die Sicherheit im Allgemeinen, sondern auch militärische Aspekte einschließen würden. Und das wäre ein Problem für das neutrale Österreich. So hielt Tindemans eine Vollmitgliedschaft Österreichs mit einem Neutralitätsvorbehalt für unvereinbar. Sein Nachfolger Mark Eyskens versagte auf der am 17. Juli 1989 in Brüssel stattfindenden Ratstagung als Einziger der von seinem deutschen Kollegen Genscher initiierten sofortigen Behandlung der österreichischen Beitrittsanträge unter Verweis auf die darin enthaltene »Neutralitätspassage« seine Zustimmung. Ebenso stieß bei Frankreich die Mitgliedschaft Österreichs als »Neutraler« auf Misstrauen, Frankreich sah dies als Hindernis für eine gemeinsame Verteidigungspolitik.<sup>33</sup>

Aus Sicht von EG-Kommissionspräsident Jacques Delors war damals die Neutralität zwar kein wirkliches Hindernis, jedoch »wurde er von einem Befürworter des EG-Beitritts von Österreich zu einem mächtigen Verzögerer«<sup>34</sup>. Sein primäres Ziel war die Errichtung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, ein Ziel, das er jedoch durch Beitrittsverhandlungen mit einem Neutrale wie Österreich gefährdet sah. Staaten wie Österreich, Schweden und Finnland würden mit ihren unterschiedlichen Neutralitäten folglich die Vertiefung der EG gefährden.<sup>35</sup>

30 Nowotny, T. 1989, S. 98.

31 Vgl. ebd.

32 Vgl. Hauser, Gunther: Europas Sicherheit und Verteidigung. Der zivil-militärische Ansatz, Frankfurt am Main 2010, S. 29f.

33 Vgl. Gehler, Michael: Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, Bd. 2, Innsbruck/Wien/Bozen 2005, S. 618f.

34 Khol, Andreas: Österreich und Europa im Annus mirabilis Europae 1989, in: Khol, Andreas/Ofner, Günther/Stirnemann, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1989, Wien/München 1990, S. 813–841, hier S. 821.

35 Vgl. ebd.

Der sowjetische Botschafter in Wien, Gennadi Schikin, übergab am 10. August 1989 der österreichischen Bundesregierung eine Note, worin die UdSSR ihre Ansichten zum EG-Beitritt von Österreich verdeutlichte. Insbesondere wurde die Frage gestellt, wie Österreich seine Neutralität mit einem EG-Beitritt in Übereinstimmung bringen könne – alles in allem ein gemäßigtes Memorandum, einer diplomatischen Pflichtübung hoher Beamter vergleichbar. Eine förmliche Antwort auf diese Note der UdSSR gab es aus Wien keine. Am 27. Oktober 1989 stellte Gorbatschow die Haltung der UdSSR klar: Er bezeichnete es ausdrücklich als das Recht eines jeden Landes – auch Finnlands –, einen Beitritt zur EG nach Gutdünken zu entscheiden. Gorbatschow bezeichnete in der Folge die Beziehungen zu Österreich als »wundervoll«.<sup>36</sup>

Diese Reaktion ist im Zusammenhang mit der Annäherung der UdSSR an die EG zu sehen: Am 18. Dezember 1989 unterzeichnete Außenminister Eduard Schewardnadse in Brüssel zusammen mit dem Vertreter der EG-Präsidentschaft, dem französischen Außenminister Roland Dumas, den Handels- und Kooperationsvertrag zwischen der EG und der Sowjetunion. Mittlerweile war klar, dass viele ehemalige kommunistische Länder in Mittel- und Osteuropa so schnell wie möglich der EG assoziiert werden und auch beitreten wollten.<sup>37</sup>

Ende der 1980er-Jahre brachte Gorbatschow die Idee eines »Gemeinsamen Hauses Europa« auf, 1991 verkündete Russlands Präsident Boris Jelzin die »Rückkehr Russlands nach Europa«. 1993 stellte Russland den Antrag auf Aufnahme in den Europarat, die 1996 erfolgte. 1997 wurden die »besonderen Beziehungen« zwischen Russland und der NATO eingeleitet.

### III. DIE UMWÄLZUNGEN IN MITTELEUROPA UND ÖSTERREICH

Die ehemaligen kommunistischen Staaten Mitteleuropas und auch Südosteuropas waren auf dem Weg, pluralistische Demokratien zu werden. So verankerte das ungarische Parlament am 24. Januar 1990 »mit großer Mehrheit« die Gewissens- und Religionsfreiheit in der Verfassung. Der Religionsunterricht war seither in den Schulen wieder zugelassen. Die Kirchen wurden als autonome Institutionen wieder anerkannt. Tags zuvor hatte Ministerpräsident Miklós Németh vor dem Parlament bekannt gegeben, dass alle in Ungarn stationierten Sowjettruppen aus dem Land abgezogen werden sollten.<sup>38</sup>

36 Ebd., S. 820f.

37 Ebd., S. 821.

38 Vgl. Ungarn verankert jetzt die Gewissensfreiheit in Verfassung, in: *Salzburger Nachrichten* vom 25. Jänner 1990, S. 4.



In Bulgarien wurde am 24. Januar 1990 der Entwurf für eine neue Verfassung vorgelegt. Darin wurden »die führende Rolle der Arbeiterklasse« gestrichen, die Religionsfreiheit anerkannt, die »sozialistische Marktwirtschaft« sowie private und staatliche Eigentumsform gleichberechtigt eingeführt. Gesetzgebung, Justiz und Exekutive wurden getrennt.<sup>39</sup> In der Tschechoslowakei wurde am 24. Januar 1990 ein Gesetz über die Wahrung der Religionsfreiheit verabschiedet.<sup>40</sup>

Am 11./12. November 1989 erfolgte im Zeichen dieser Umbrüche die Gründung der »Viererinitiative« (Quadrangone) durch die Außenminister und die stellvertretenden Ministerpräsidenten von Italien, Jugoslawien, Österreich und Ungarn in Budapest. Die Außenminister Mock (Österreich), Horn (Ungarn), De Michelis (Italien) und Lončar (Jugoslawien) hatten in ihrer gemeinsamen Erklärung vom 11. November 1989 die wesentlichen Ziele der vielseitigen Kooperationen festgehalten und jährliche Treffen auf hoher politischer Ebene vereinbart. Zu Beginn der Zusammenarbeit bestand grundsätzliche Übereinstimmung darüber, dass eine Ausdehnung auf andere infrage kommende Staaten möglich sein sollte. Ziel war eine regionale Zusammenarbeit. Österreich war dadurch eine engere Kooperation mit Italien möglich und fand damit schließlich einen Unterstützer für die Bewerbung um Aufnahme in die EG. 1990 erfolgte die Erweiterung dieser Initiative um die Tschechoslowakei (ČSFR), die Initiative hieß seither zunächst »Pentagonale«. Die ČSFR war – nach dem Wandel zur pluralistischen Demokratie – erstmals beim Treffen der Außenminister am 20. Mai 1990 in Wien vertreten, bereits seit März 1990 waren tschechoslowakische Beobachter zu den Arbeitsgruppen eingeladen worden.<sup>41</sup> Die Pentagonale war »eine projektbezogene, pragmatische Zusammenarbeit in Sachfragen, die sich aus der Nachbarschaft ergeben«<sup>42</sup>. Es gab keine vertragliche Grundlage und keine eigenen organisatorischen Strukturen, dies unterstrich den formlosen und pragmatischen Charakter der Initiative. Ziel der Pentagonale war es auch, den neuen KSZE-Prozess für ein sicheres und stabiles Europa von 1990 zu stärken. Für Österreich stellte diese Pentagonale »den Versuch dar, seine schon bisher intensiv betriebene bilaterale Nachbarschaftspolitik dort zu multilateralisieren, wo eine solche Multilateralisierung von der Sache her sinnvoll ist«<sup>43</sup>. Am 26. Juni 1991 kam Polen dazu (Hexagonale). Neuer Name ist seit dem 18. Juli 1992 Zentraleuropäische Initiative.<sup>44</sup>

39 Vgl. Bulgarien tilgt alle Spuren der KP, in: *Salzburger Nachrichten* vom 25. Jänner 1990, S. 4.

40 Vgl. CSSR beschließt Religionsfreiheit, in: *Salzburger Nachrichten* vom 25. Jänner 1990, S. 4.

41 Vgl. Staffelmayer, Emil: »Die Dynamik der Entwicklung in Europa«. Die Pentagonale als Beispiel einer neuen Nachbarschaftspolitik, in: Khol, Andreas/Ofner, Günther/Stirnemann, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1990, Wien/München 1991, S. 711–722, hier S. 712.

42 Ebd., S. 711.

43 Ebd.

44 Vgl. Baumann, Wolfgang/Hauser, Gunther: *Mitteleuropa – Im geopolitischen Interesse Österreichs*, Graz 2002, S. 120.

Der damalige Vorsitzende der SPÖ und Bundeskanzler Franz Vranitzky erklärte im Dezember 1989 der österreichischen Mitteleuropapolitik hingegen eine öffentliche Absage. Der Begriff »Mitteleuropa« hatte aus seiner Sicht keine politische Bedeutung, »und ich lege Wert darauf, dass er keine hat«<sup>45</sup>. Vranitzky tat dies gerade zu einer Zeit, als die Wende in Ostmitteleuropa politisch vollzogen war, die Sowjetunion aber noch eine Supermacht darstellte und als Unterzeichner des österreichischen Staatsvertrags von 1955 ein Veto gegen das Ansuchen Österreichs um Aufnahme in die EG hätte einleiten können. Vranitzky berief sich jedoch nicht auf dieses Faktum, sondern auf ein anderes Argument: Österreich solle nicht den Eindruck erwecken, dass es sich bei der Aufnahme in die EG auch als Vertreter seiner östlichen Nachbarn bewerbe. Gedankliche Versuchungen wie die »Pentagonale« waren Vranitzky eher suspekt, jedenfalls als politische Projekte. »Mitteleuropa« durfte aus Sicht Vranitzkys auf keinen Fall eine Alternative oder ein Ersatz zur EG sein. Vranitzky hatte durch die Zentraleuropäische Initiative versucht, die östlichen Nachbarn Österreichs zum Aussteigen aus ihren Kernkraftwerkprogrammen zu bewegen, und verkündete 1990 sogar die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa offiziell als Ziel. Doch trotz der Leitung der Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz in der »Pentagonale« gelang es Österreich nicht, seine östlichen Nachbarn für eine Abkehr von ihren Atomprogrammen zu gewinnen.<sup>46</sup>

Während Österreich seinen Neutralitätskurs beibehielt, arbeiteten die Nachbarstaaten Tschechoslowakei, Ungarn und Polen bereits daran, in die euro-atlantischen Sicherheitsstrukturen integriert zu werden. Im Juni 1990 hatte Ungarns Ministerpräsident József Antall seinen Wunsch nach einem Austritt aus dem Warschauer Pakt (WP) bekannt gegeben. Die Strukturen des WP waren bereits in Auflösung begriffen. 1991 hatten die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns eine Art »Bündnis« zur Koordination ihres gemeinsamen Vorhabens betreffend die europäische und transatlantische Integration ihrer Länder ins Leben gerufen, die vor allem sicherheitspolitische Wurzeln hatte. Der sowjetische Truppenabzug wurde somit zum gemeinsamen Anliegen aller drei Länder, die außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitische Annäherung erfolgte sogleich an den Westen.<sup>47</sup>

---

45 Ebd., S. 107. Vgl. dazu auch Gehler, Michael: Paving Austria's Way to Brussels: Chancellor Franz Vranitzky (1986–1997) – A Banker, Social Democrat, and Pragmatic European Leader, in: *Journal of European Integration History* 2/18 (2012), S. 159–182.

46 Vgl. ebd., S. 107.

47 Vgl. ebd., S. 122.

## IV. DIE JUGOSLAWIEN-KRISE UND DER EINSATZ DES BUNDESHEERES

Im Sommer 1990 hatten serbische »Baumstammrevolutionäre« bei Knin<sup>48</sup> Straßensperren errichtet und Reisende perlustriert. Dazu waren Serben aus allen Teilen Jugoslawiens angereist, viele Touristen traten in der Folge auch »in Panik« die Heimreise an.<sup>49</sup> Die Aufstände bewaffneter serbischer Gruppen in Kroatien weiteten sich im April 1991 aus. Die Belgrader Propaganda hatte zuvor geschickt Ängste der serbischen Volksgruppe in Kroatien vor einem »neuen Genozid« wie im faschistischen Kroatien des Zweiten Weltkriegs geschürt. Die Serben in der kroatischen Krajina erklärten sich für »autonom« von Kroatien. Mitten im Sommer 1991 standen in den reifen Kornfeldern Kroatiens bereits Panzer statt Erntemaschinen. Slowenische Dörfer wurden beschossen. Der Konflikt eskalierte in Sezessionskriege, die von Slowenien und Kroatien weiter auf Bosnien-Herzegowina und den Kosovo übergriffen.

Am 25. und 26. Juni 1991 erfolgten die Unabhängigkeitserklärungen von Slowenien und Kroatien, die slowenischen und kroatischen Abgeordneten verabschiedeten sich bis auf wenige Ausnahmen aus dem jugoslawischen Parlament. Jugoslawiens Bundesregierung erklärte daraufhin nach einer Sondersitzung beide Erklärungen »für null und nichtig«, woraufhin der jugoslawische Ministerpräsident Ante Marković der Bundespolizei und der Volksarmee »die Sicherung der Staatsgrenzen«<sup>50</sup> befahl. Slowenien wurde durch Regierungschef Lojze Peterle sowie Republikpräsident Milan Kučan in die Unabhängigkeit geführt.

Zwei Tage nach der slowenischen Unabhängigkeitserklärung hatte in der Nacht auf den 27. Juni 1991 die jugoslawische Volksarmee mit Panzern eine offene Intervention in der nördlichen Republik begonnen. Jeder Widerstand würde mit militärischen Mitteln gebrochen, hieß es in einem Armee-Telegramm an die slowenische Führung. Das österreichische Bundesheer wurde in Kärnten und der Steiermark in Alarmbereitschaft versetzt. Ein Sicherungseinsatz wurde eingeleitet, der nicht als Assistenzsinsatz (der durch die zivile Gewalt »angefordert« werden muss), sondern als (durch den Bundesminister angeordneter) Einsatz gemäß § 2 lit. a des Wehrgesetzes durchgeführt wurde. Österreichs Verteidigungsminister Werner Fasslabend unterzeichnete am 28. Juni 1991 um 18:45 Uhr den Einsatzbefehl zum Schutz der Grenzen. Es war dies eine einmalige Vorgehensweise, die erstmals in der Zweiten Republik erfolgte. Bis 1. Juli 1991 standen ca. 6.500 Mann Bodentruppen im Einsatz, gleichzeitig wurde die Kontrolle des Luftraumes sichergestellt. Bis zum 1. Juli 1991

48 Regionaler Befehlshaber der jugoslawischen Armee in Knin wurde Ratko Mladić, der später in Bosnien traurige Berühmtheit erlangen sollte. Vgl. Rathfelder, Erich: Der blutige Traum von einem Großserbien, in: *Die Presse* vom 1. Juli 2011, S. 6.

49 Vgl. Šunjić, M. H. 1992, S. 76.

50 Vgl. Gehler, M. 2005, S. 689.

wurden 121 Überwachungs- und Aufklärungseinsätze mit Draken, Saab 105 und Hubschraubern geflogen.<sup>51</sup> Alle größeren Grenzübergänge nach Österreich und Italien wurden gesperrt. Am Nachmittag brachten Angehörige der slowenischen Territorialarmee Fahrzeuge durch den Loibltunnel nach Österreich und kehrten dann wieder über die Grenze zurück. Erstmals nach 1956 musste Österreich erleben, dass es an seinen Landesgrenzen zu schweren bewaffneten Kampfhandlungen kam. Österreich bemühte sich in der Folge um eine Internationalisierung der Jugoslawien-Krise, um eine Eskalation der Konflikte zu verhindern. So hatte Außenminister Mock noch im Mai 1991 – unter dem Eindruck der ersten Gewaltakte – einen »Weisenrat« erfahrener europäischer Staatsmänner zu schaffen beabsichtigt. Dieser Vorschlag war jedoch am Widerstand der jugoslawischen Bundesregierung gescheitert. Österreich forderte die sofortige Einstellung aller Kampfhandlungen und die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts in Übereinstimmung mit den – demokratisch zum Ausdruck gebrachten – Wünschen der Völker von Jugoslawien. Österreich – vor allem Außenminister Mock – setzte sich für die internationale Anerkennung von Slowenien und Kroatien ein.<sup>52</sup> Frankreich, Großbritannien, die USA und die Sowjetunion wollten zunächst Jugoslawiens Einheit unter allen Umständen bewahren.<sup>53</sup> Noch Ende August 1991 drängten die USA Österreichs Regierung in einem Schreiben, Slowenien und Kroatien nicht unilateral anzuerkennen. Ein derartiger Schritt wäre aus Sicht der USA »kontraproduktiv«, die Reaktion der jugoslawischen Armee »unabsehbar«.<sup>54</sup> Der sowjetische Außenminister Alexander Bessmertnych warnte am 5. Juli 1991 in einem Brief an Mock vor einer »Atomisierung Jugoslawiens«. Einen Monat später drohte der sowjetische Botschafter in Wien damit, eine Anerkennung Sloweniens und Kroatiens könne auch »problematisch« für die bilateralen Beziehungen Österreichs zur Sowjetunion sein.<sup>55</sup> Mock warb dennoch »hinter den Kulissen unermüdlich für eine rasche Anerkennung der neuen Nachbarstaaten«<sup>56</sup>. Nur dann, glaubte demnach Mock, könnte der Konflikt internationalisiert und eventuell doch noch eingedämmt werden.<sup>57</sup> Frankreich beschuldigte Österreich, die

51 Vgl. Hessel, Friedrich: 20 Jahre Jugoslawienkrise 1991–2011, in: *Der Soldat* vom 20. Juli 2011, S. 4 f., hier S. 4.

52 Vgl. Mayr-Harting, Thomas: 1991 – ein Jahr der Herausforderungen für Österreichs Außenpolitik, in: Khol, Andreas/Ofner, Günther/Stirnemann, Alfred (Hg.): *Österreichisches Jahrbuch für Politik* 1991, Wien/München 1992, S. 313–327, hier S. 317.

53 Vgl. Ultsch, Christian: »Mock wollte Alleingang bei Anerkennung von Slowenien und Kroatien«, in: *Die Presse* vom 25. Juni 2011, S. 2.

54 Ebd.

55 Vgl. ebd.

56 Ebd.

57 Vgl. ebd.

Auflösung Jugoslawiens zu fördern.<sup>58</sup> Italien riet den Slowenen dringend, auf keine »zweideutigen Botschaften aus Wien« zu hören. Italiens Ministerpräsident Giulio Andreotti beschwor die Gefahr eines »pangermanischen« Zusammengehens von Deutschen und Österreichern, das gleichermaßen Italien wie Jugoslawien bedrohen würde; der Vatikan assistierte<sup>59</sup>. Das Außenministerium in Wien war viel früher als andere Außenministerien zu dem Schluss gekommen, dass die Auflösung Jugoslawiens unausweichlich sei, so Albert Rohan, damals Leiter der Abteilung für Osteuropa im Außenministerium: »Es war nur die Frage, ob Jugoslawien friedlich oder blutig zerfällt.«<sup>60</sup>

Am 7. Juli 1991 wurde Österreichs Botschafter ins Belgrader Außenamt zitiert, um sich eine Reihe von Vorwürfen anzuhören: Österreich mische sich in innere Angelegenheiten Jugoslawiens ein, unterstütze Separatismus, dulde illegale Waffenlieferungen. Stets berichteten serbische Medien über Waffenschmuggel aus Österreich. Seit Oktober 1989 hatte Österreich jedoch weder die Aus- noch Durchfuhr von Kriegsmaterial nach bzw. durch Jugoslawien bewilligt. Zum Schmuggel von Waffen war es dennoch gekommen.<sup>61</sup>

Bereits am 28. August 1991 wurden Estland, Lettland und Litauen durch Österreich anerkannt. Die Anerkennungsschreiben enthielten »den selben Hinweis auf die pluralistisch-demokratischen Grundwerte, wie dann später jene an Slowenien und Kroatien«<sup>62</sup>.

Belgrad machte noch einmal die kompromisslose Haltung Jugoslawiens klar: Die Unabhängigkeit der beiden Nordrepubliken sei »rechtlich ungültig« und müsse daher gewaltsam rückgängig gemacht werden. »Die Armee wird die Unverletzlichkeit der Grenzen Jugoslawiens sichern und jede Änderung dieser Grenzen verhindern«, hieß es in einer offiziellen Erklärung aus Belgrad: »Diese Aufgaben werden die Streitkräfte entscheiden und bis zum Ende ausführen.« Die einseitige Unabhängigkeitserklärung »bedroht die territoriale Unversehrtheit Jugoslawiens«<sup>63</sup>.

Am 27. Juni 1991 kam es zur ersten Luftraumverletzung auf österreichischem Territorium seitens der jugoslawischen Bundesarmee, als vier Transportflugzeuge zur Anladung von Versorgungsgütern österreichisches Hoheitsgebiet überflogen. Am 28. Juni 1991 ereigneten sich Gefechte im Raum Spielfeld, Bleiburg, Bad Radkersburg sowie im Raum Unterdrauburg. Auch vier jugoslawische Kampfflugzeuge drangen ebenso in den österreichischen Luftraum ein und schossen bei ihrem Rück-

---

58 Vgl. Rauchensteiner, M. 2011, S. I.

59 Ebd.

60 Ultsch, C. 2011, S. 2.

61 Vgl. ebd.

62 Vgl. Mayr-Harting, T. 1992, S. 321.

63 Vgl. Belgrad bleibt unerbitterlich hart, in: *Der Standard* vom 28. Juni 1991, S. 3.

flug den Grenzübergang Spielfeld in Brand. Ein Flug einer MiG-23 erfolgte in einer Höhe von 40 Metern bis nach Graz. Verteidigungsminister Fasslabend sprach in einer ersten Reaktion von einem »sehr ernstem Neutralitätsfall« und ordnete die Verlegung österreichischer Saab 35OE Draken in das Grenzgebiet an.<sup>64</sup>

Am 25. Oktober 1991 landete ein 33-jähriger Kroat mit einem MiG-21-Kampfflugzeug der jugoslawischen Luftwaffe auf dem Flughafen von Klagenfurt. Der kroatische Pilot erklärte, dass er nicht auf seine Landsleute schießen wollte, und suchte um politisches Asyl an. Der Pilot führte nur seine persönliche Bewaffnung mit sich, das Flugzeug selbst hatte keine Bewaffnung an Bord. Am 24. Oktober 1991, so der Pilot, habe er von seiner Aufklärungseinheit den Auftrag bekommen, die Verschiffung der in Slowenien stationierten Einheiten der Bundesarmee im Hafen von Koper zu überwachen. Er sei von Bihac über Ljubljana nach Koper geflogen. Nach Erledigung seines Auftrages sei er nach Ljubljana zurückgekehrt, wo er dann den Entschluss zur Flucht nach Österreich gefasst habe.<sup>65</sup>

Aus Anlass der Unabhängigkeitserklärungen von Slowenien und Kroatien gab Mock eine Erklärung ab, in der es hieß: »Die Unabhängigkeitserklärungen entsprechen dem demokratisch zum Ausdruck gebrachten Willen der beiden Völker und sind zu respektieren.«<sup>66</sup> Österreich war in diesem Kontext der erste europäische Staat, der angesichts der Krise im Wege bilateraler Kontakte den Konflikt internationalisierte: »Kein anderer Staat war zunächst bereit zu folgen.«<sup>67</sup> Am 17. Dezember 1991 signalisierten die EG-Außenminister »auf Drängen Deutschlands«<sup>68</sup> durch den Außenministerrat die Bereitschaft ihrer Staaten zur völkerrechtlichen Anerkennung aller sich selbstständig erklärenden jugoslawischen Republiken. An diesem Tag sprach sich auch Österreich für die politische Anerkennung von Slowenien und Kroatien aus. Am 19. Dezember 1991 beschloss die deutsche Bundesregierung in Bonn, die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens zu akzeptieren.<sup>69</sup> Am 15. Januar 1992 beschloss der österreichische Ministerrat die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens sowie jene der neuen Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Die EG-Staaten sprachen die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens am 16. Januar 1992 aus, Österreich folgte tags darauf, zeitgleich mit der Schweiz.<sup>70</sup>

64 Vgl. Gehler, M. 2005, S. 695 f.

65 Vgl. Eine MiG 21 landete unbewaffnet auf dem Flughafen von Klagenfurt. »Wollte nicht auf Kroaten schießen«, in: *Wiener Zeitung* vom 26. Oktober 1991, S. 1.

66 Vgl. Gehler, M. 2005, S. 709.

67 Vgl. ebd., S. 710.

68 Ultsch, C. 2011, S. 2.

69 Vgl. ebd.

70 Vgl. Rauchensteiner, M. 2011, S. II.

## V. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die geopolitische Nachkriegsordnung, ein Ergebnis der Aufteilung Europas in klar abgegrenzte Interessensphären nach den Beschlüssen von Jalta 1945, geriet ab 1988/89 zunehmend ins Wanken. Der spätere Leiter des Büros für Wehrpolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung, Wolfgang Schneider, meinte 1989: »Mit der Demokratisierung Osteuropas wird der kalte Krieg zum historischen Datum.«<sup>71</sup> Die Umbrüche in Jugoslawien und der Sowjetunion hatten verdeutlicht, dass diese Staaten »durch Macht von oben zusammengehalten« waren und nicht durch die Loyalität der Bürger.<sup>72</sup> Die Wiedervereinigung der DDR mit der Bundesrepublik durfte und konnte »aufgrund der Realität wieder offen diskutiert werden«. Die Militärblocke begannen zu zerfallen, die Konfrontation war im Schwinden begriffen und »die Militärs [verloren] ihr Feindbild«.<sup>73</sup>

Das Jahr 1989 war auch für Österreich ein Wendejahr. In diesem Jahr ist der Europakurs Österreichs seitens der österreichischen Bundesregierung offiziell bestätigt worden. Österreich präsentierte in Brüssel seinen Beitrittsantrag »vor dem Ansturm der neuen Demokratien Ostmitteleuropas, also der Ungarn, der Tschechoslowaken, der Polen«<sup>74</sup>. Ergebnis dieses Prozesses war der sicherheitspolitische Paradigmenwechsel hin zu einer Neudefinition der Neutralität und vor allem zu einem Bekenntnis zur bereits in der Einheitlichen Europäischen Akte angepeilten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Auch die Rolle Österreichs bei UN-mandatierten Militäreinsätzen wurde neu definiert, beginnend mit der durch UN-Resolution 678 vom 29. November 1990 mandatierten Operation »Desert Storm« gegen die Besetzung Kuwaits durch irakische Truppen.

In ÖVP-nahen Kreisen wurde das Wendejahr 1989 und dessen Auswirkungen auf Österreich betreffend festgestellt: »Wir sind auf dem Weg vom neutralen, sozialpartnerschaftlich-ständischen, dezentralisierten Einheitsstaat unter der Vorherrschaft von zwei Großparteien zum europäischen, parlamentarisch-demokratischen[,] bundesstaatlich geordneten Staat.«<sup>75</sup> Zwischen Österreich und der damaligen Nach-Supermacht Sowjetunion lagen mit dem Abzug der sowjetischen Truppen aus dem Gebiet der damaligen DDR, der Tschechoslowakei und Ungarn »nunmehr unabhängige, freie Staaten«. Damit hatte in Österreich »eine Diskussion über die öster-

71 Vgl. Schneider, Wolfgang, »Sorglosigkeit in militärischen Dingen kann aber ein Verbrechen am Staate werden«, in: Khol, Andreas/Ofner, Günther/Stirnermann, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1989, Wien/München 1990, S. 385–397, hier S. 385.

72 Vgl. Nowotny, T. 1989, S. 104.

73 Vgl. Schneider, W. 1990, S. 385.

74 1999 wurden Polen, Tschechien und Ungarn Mitglieder der NATO. Zitat aus: Khol, A. 1990, S. 815.

75 Vgl. Vorwort der Herausgeber, in: Khol, Andreas/Ofner, Günther/Stirnermann, Alfred (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1990, Wien/München 1991, S. 7.

reichische Neutralität begonnen, die wohl für die Errichtung einer Europäischen Friedensordnung bedeutsam erscheint, aber in absehbarer Zeit in einer solchen Europäischen Friedensordnung und in der Europäischen Gemeinschaft aufgehen wird«<sup>76</sup>. Österreichs Neutralität war »kein wesentlicher Diskussionsgegenstand mehr, wenn es um den Beitritt Österreichs in die EG geht«<sup>77</sup>. Österreichs Plan war jedoch die Wahrung der Neutralität bei gleichzeitiger fortschreitender Integration der Mitgliedstaaten zu einer politischen Union innerhalb der EU – eine Idee, die schließlich auch realisiert werden konnte.

Die EG war damals bereits auf Erweiterung (nach ihrer Vertiefung durch die Regierungskonferenz 1991) angelegt. Österreich wird auf jeden Fall, und da waren sich Experten einig, »der erste Neubeitritt, das 13. Mitgliedsland einer im nächsten Jahrtausend vielleicht 20 oder mehr Mitgliedsländer umfassenden Europäischen Gemeinschaft sein«<sup>78</sup>. Am 6. November 1990 erklärte die österreichische Bundesregierung einseitig die Artikel 12 bis 16 sowie Artikel 22 Ziffer 13 des Staatsvertrags für obsolet, die Signatarstaaten erhoben dabei keine Einwendungen.<sup>79</sup> Diese Artikel bezogen sich u. a. auf die Einschränkung betreffend den Ankauf von zivilen Flugzeugen deutscher und japanischer Bauart (Artikel 16)<sup>80</sup> sowie auf das völkerrechtliche Verbot von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen (Artikel 13).<sup>81</sup> Die Signatarstaaten reagierten auf diese Obsoleterklärung nicht und nahmen diese nur zur Kenntnis.

Eine weitere Folge von 1989 waren illegale Einwanderungen an der grünen Grenze, was die österreichische Bundesregierung damals veranlasste, Soldaten für den Grenzschutz abzustellen. Zugleich »trägt der Assistenzeinsatz an der burgenländischen Grenze viel zur Beruhigung unserer besorgten Grenzbewohner bei«, so Österreichs damaliger Bundespräsident Kurt Waldheim im Tagesbefehl anlässlich des Nationalfeiertages am 26. Oktober 1991.<sup>82</sup> Am 4. September 1990 wurde der Bundesheer-Grenzeinsatz an der österreichisch-ungarischen wie auch an der österreichisch-slowakischen Grenze eingeführt. Die Grenzsoldaten durften verdächtige Personen anhalten und kontrollieren. Die als Provisorium gedachte Lösung – ursprünglich war dieser Einsatz für zehn Wochen vorgesehen – wurde bis 2007 mehr-

76 Vgl. ebd.

77 Vgl. Khol, A. 1991, S. 696.

78 Vgl. Vorwort der Herausgeber 1991, S. 8.

79 Vgl. Hauser, Gunther: Österreich – dauernd neutral? (Studien zur politischen Wirklichkeit 14), Wien 2002, S. 35 f.

80 Die Austrian Airlines kauften in den Jahren 1988 und 1989 zwei Langstreckenflugzeuge des Typs Airbus A310-324ET, die aufgrund des Gemeinschaftsprojektes Airbus deutsche Bauteile enthielten.

81 Vgl. Hauser, G. 2002, S. 34 und S. 36.

82 Vgl. Tagesbefehl anlässlich des Nationalfeiertages am 26. Oktober 1991, in: *Wiener Zeitung* vom 26. Oktober 1991, S. 1.



fach verlängert, bis zur Aufnahme Ungarns und der Slowakei in den Schengen-Raum Ende 2007. Nach dem Wegfall der Grenzkontrollen folgte noch der Assistenzeinsatz (AssE) Schengen bis zum 15. Dezember 2011.<sup>83</sup>

Die Zeit ab 1989 bedeutete für Österreich außerdem den Beginn der steigenden internationalen Vernetzung der österreichischen Außenpolitik. Österreich hatte schon im Wendejahr gemeinsam mit seinen Nachbarn Ungarn, Italien sowie mit den kurz danach zerfallenden Staaten Jugoslawien und Tschechoslowakei seine Nachbarschaftspolitik neu definiert und multilaterale Initiativen der umfassenden Zusammenarbeit eingeleitet. Österreich, insbesondere Außenminister Alois Mock, hatte damals versucht, die Sezessionsprobleme im damaligen Jugoslawien zu internationalisieren, um eine Eskalation der Krise zu verhindern. Der Balkan wurde in den 1990er-Jahren zum relevantesten Aktionsfeld der österreichischen Außen- und Sicherheitspolitik.<sup>84</sup> Jedoch waren die österreichischen Bemühungen, eine größere Rolle als internationaler Begegnungsplatz zu spielen, durch die »Causa Waldheim« stark beeinträchtigt worden. So war das Bemühen Österreichs, im Herbst 1990 eine Gipfelkonferenz aller KSZE-Staaten abzuhalten, nicht zuletzt am »Problem Waldheim« gescheitert: »Niemand wusste, wie man sicherstellen konnte, dass den ausländischen Staats- und Regierungschefs der Händedruck mit Waldheim hundertprozentig erspart bleibt.«<sup>85</sup>

Ausgehend von den Reformprozessen in den ehemaligen kommunistischen Staaten Ostmitteleuropas und internationalen Entspannungssignalen, die vor allem die Abrüstungsprozesse im Nuklearbereich betrafen, begann 1990 »mit fast euphorischen Zukunfts- und Friedenshoffnungen, die aber jäh durch den Überfall des Irak auf Kuwait und die sich daraus entwickelnde Golfkrise überschattet wurden. In Österreich selbst mischten sich in die Freude über den Aufbruch in Ost-Mitteleuropa ängstliche und ablehnende Stimmen gegenüber Flüchtlingen, ausländischen Arbeitssuchenden und grenznahen Kernkraftwerken. Nachtfahrverbote und zunehmender Druck zur Beschränkung des Transits<sup>86</sup> brachten zusätzliche Spannungselemente in das Verhältnis Österreichs zu den Europäischen Gemeinschaften.«<sup>87</sup> So begann auch ab 1989 für Österreich ein neues politisches Reformjahrzehnt, eine Neudefinition der Außenpolitik in Richtung neu gegründeter Europäischer Union sowie darin wiederum eine selbstständige Neuinterpretation seiner Neutralität – und in diesem Zusammenhang seiner außen- und sicherheitspolitischen Möglichkeiten.

83 Vgl. hierzu den Beitrag von Andreas Pudlat in diesem Band.

84 Vgl. Gehler, M. 2005, S. 689.

85 Vgl. Unterberger, Andreas: Österreichs Außenpolitik, in: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1990, Wien/München 1991, S. 723–761, hier S. 729.

86 Das Transitproblem spitzte sich vor allem in den Bundesländern Tirol und Salzburg zu.

87 Vgl. Vorwort der Herausgeber 1991, S. 9.